

# Postulat

betreffend **Entscheid Poststellennetz Winterthur**

eingereicht von: Gemeinderat Beat Stettler, namens der SP-Fraktion

am: 23. Februar 2004

Anzahl Mitunterzeichnende: 28

Geschäftsnummer: 2004/014

---

## Text und Begründung

Der Stadtrat wird eingeladen, den Entscheid zum Poststellennetz Winterthur vom 28. Januar 2004, bei der zuständigen Kommission im Departement UVEK einer Neu beurteilung unterziehen zu lassen, gemäss Art. 7 Absatz 2 der Postverordnung vom 26.11.2003.

### Begründung

Gemäss Entscheid der Post wird die Poststelle in Veltheim ersatzlos geschlossen, die Poststelle Rosenberg wird in eine Logistikfiliale ohne Finanzdienstleistungen, betrieben durch einen externen Partner, umgewandelt. Die Poststelle in Hegi bleibt vorderhand bestehen und wird Mitte 2005 neu beurteilt. Die Post hat klar signalisiert, dass die Poststelle in Hegi nur unter gewissen Voraussetzungen wie die Fertigstellung von Wohnsiedlungen, Eröffnung von Einkaufsläden, Anschluss an die S-Bahn, bestehen bleibt. In Anbetracht der kurzen Frist, welche bis zur Neu beurteilung einberäumt wurde, sind die von der Post erlassenen Kriterien kaum zu erfüllen und es muss in Hegi, wenn auch zeitlich verzögert, mit einer Schliessung der Poststelle gerechnet werden. Die Tatsache, dass mit dem Entscheid der Post, das Gebiet Veltheim/ Rosenberg über keine Poststellen mehr verfügen, bringt für die betroffene Bevölkerung aber auch für das Gewerbe klare Nachteile. Die geplante Logistikfiliale in Rosenberg stellt sicher keinen gleichwertigen Ersatz dar, da bei dieser Form von "Poststelle" nur noch Briefe und Pakete aufgegeben werden können. Viele Winterthurerinnen und Winterthurer verlieren damit eine urbane Dienstleistung oder werden mit dem neuen Poststellennetz mit massiv längeren Wartezeiten und längeren Anfahrtswegen bei der Erledigung der Postgeschäfte konfrontiert.

Die Postverordnung sieht vor, dass die Behörden der betroffenen Gemeinden angehört werden müssen, bevor Entscheide gefällt werden. Zudem sollen die Parteien eine einvernehmliche Lösung anstreben. Von einer einvernehmlichen Lösung kann mit dem einschneidenden Dekret seitens der Post keine Rede sein. Daher wird der Stadtrat eingeladen, den Rechtsweg auszuschöpfen und bei der zuständigen Kommission im Departement UVEK gegen den Entscheid zum Poststellennetz zu intervenieren.